

**Ratsfraktion der FDP  
Rede zum Haushalt 2010 (Drucksache DS0529/09)  
Sitzung des Stadtrates am 1. März 2010  
Hans-Jörg Schuster, Fraktionsvorsitzender**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende“ stellte vor etwa 2 500 Jahren der griechische Philosoph Demokrit fest.

Den Mut brauchen wir, wenn wir angesichts der globalen unübersehbaren und unübersichtlichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise heute unseren städtischen Haushalt verabschieden.

An das Glück heften wir die Hoffnung, dass unser Haushalt bis zum Jahresende durch ausreichende politische Rahmenbedingungen Bestand haben wird.  
Angesichts der vom Finanzminister angekündigten Haushaltssperre für Sachsen- Anhalt zugegebenermaßen eine rechte Herausforderung an unser Glück.

In Magdeburg wird seit nunmehr fast zehn Jahren der Haushalt konsolidiert.

Wie in vielen anderen Kommunen auch, waren die fetten Jahre mit Beginn des neuen Jahrtausends vorbei.

Die Gründe dafür sind vielfältig:

Veränderte Gesetzgebungen in Bund und Land, die mehr kommunale Aufgaben aber geringere finanzielle Zuweisungen nach sich zogen.

Eine geringere eigene Wirtschaftskraft, hohe Personalkosten. Kurz: Einnahmen und Ausgaben waren nicht mehr ausgeglichen.

Mit der Konsolidierung ging vor allem eine Ausgabenminderung einher.

Hier Kosteneinsparung durch Personalabbau dort die Kürzung von Zuweisungen.

Bei den Einnahmen konnten zunächst Zuwächse bei den Gewerbesteuern verzeichnet werden.

Bis 2007 währte man sich auf einem guten Weg. Dann musste das rigorose Sparkonzept verschärft werden.

Aber noch immer steht das härene Ziel im Raum - 2015 die Konsolidierung abgeschlossen zu haben.

Die sich im vergangenen Jahr abzeichnende Wirtschafts- und Finanzkrise gefährdet diesen Plan nun gänzlich.

Wir verfügen über geringere Steuereinnahmen und geringere Landeszuweisungen.

Das geplante Defizit/Bilanzverlust für 2010 wird bei knapp 18 Millionen Euro liegen.

Hinzu kommen Schulden in Höhe von 196,6 Millionen Euro, die im Rahmen des Konsolidierungsplanes eine Senkung um 14,3 Mio. Euro erfahren sollen.

Hohe Aufwendungen wird auch in diesem Jahr der Sozialbereich erfordern.

2009 lag unsere durchschnittliche Arbeitslosenquote – lt. Statistik der Bundesagentur für Arbeit – bei 13,5 %.

Rund 40 000 Magdeburger leben in Bedarfsgemeinschaften.

Allein im vergangenen Jahr zahlte die Landeshauptstadt rund 71 Millionen Euro für die Unterkunftskosten von Arbeitslosengeld- II- Empfängern.

Darunter waren auch 9,9 Millionen Euro für Menschen, die trotz Beschäftigung ihren Lebensunterhalt nicht allein bestreiten konnten.

Die neue Bundesregierung hat nun ins Auge gefasst, die Zuverdienstmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose verbessern zu wollen.

An sich ein gut gemeintes Vorhaben, aber bei genauer Betrachtung mit einer Reihe von Fragezeichen versehen.

Wenn sich nicht gleichzeitig weitere Rahmenbedingungen ändern, kann das zu einem bösen Bumerang für die Kommunen werden.

Um einen gewissen Abstand zu regulären Jobs einzuhalten, müsste man die Bemessungsgrenzen erhöhen. Das würde einerseits der Anhebung eines quasi Mindestlohnes gleichkommen, was sicher einige hier im Raum gut fänden, andererseits die Kommunen verpflichten, durch die höhere Bemessungsgrenze auch mehr ALG-II Empfänger im Bereich der Unterkunftskosten unterstützen zu müssen.

Schlimmstenfalls geht sogar das Interesse an Vollzeitjobs verloren, weil auf einfachere Art das gleiche Einkommen erzielt werden kann.

Diese Zuverdienstmöglichkeit wird dann auch für Arbeitgeber von zunehmendem Interesse sein - wovon man nach der derzeitiger Gesetzeslage mit den 400 Euro- Jobs ausgehen kann.

Ein neuer Wildwuchs - vielleicht ähnlich dem seinerzeitigen ICH-AG Boom - könnte entstehen, den sicher keiner will, der steuerpolitisch nicht zu beherrschen ist und die Kommunen u.U. zu Millionenzahlungen verpflichtet.

Anrede

Wir setzen auf eine aktivere Wirtschaftspolitik, die hilft, Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, um ein Mehr an Einnahmen zu erzielen.

Auf unsere Initiative hin wurde am 19.11.2009 das Symposium zu den „Zukunftsperspektiven des Wirtschaftsstandortes Magdeburg“ durchgeführt.

Die Drucksache DS0011/10 beschäftigt sich mit der Einrichtung eines Internationalen Büros für Wirtschaftsförderung und in diesem Zusammenhang mit dem Einsatz eines Fördermittelbeauftragten für unsere Stadt.

Ein Anliegen, das wir seit zwei Jahren verfolgen, weil wir der Meinung sind, dass die Landeshauptstadt mit qualifiziertem und spezialisiertem Personal besser in der Lage ist, nationale und internationale Fördermittelangebote zu prüfen und für Magdeburg zu akquirieren.

Die Förderbedingungen von EU, Bund und damit auch dem Land werden sich nach 2013 zu unserem Nachteil ändern.

Das steht fest.

Um so wichtiger ist es, schnellstens qualifiziertes Personal zu haben, das in der Lage ist, die sich verringernden Förderströme aufzufangen.

Anrede

Wie üblich wollen wir auch an dieser Stelle unsere Forderung nach einer besseren Verzahnung der Wirtschaftsförderung aufmachen.

Beispielhaft sei hier der Kontakt zur Investitionsbank genannt. Die IB hat mit 7 Sparkassen und 3 Banken im Land Kooperationsverträge. Ein Magdeburger Kreditinstitut ist nach meiner Kenntnis nicht darunter. Also auch nicht unsere Stadtparkasse. Erstaunlich.

Gerade in der heutigen Zeit, wo auch für die Unternehmen das Geld knapp ist, kann eine nachhaltige Finanzpolitik, wie sie von der IB mit dem Programm „Stark II“ nicht nur den Kommunen zur Entschuldung, sondern auch Unternehmen und Existenzgründern aus dem Forschungs- und Entwicklungsbereich angeboten wird, besonders wichtig sein.

Wir sehen hier Potentiale und werden dies auch in einer der nächsten Stadtratssitzungen mit einem Antrag untermauern.

Anrede

Ein Mehr an Einnahmen und ein Weniger an Ausgaben war das Ziel unseres Prüfantrages zu den Haushaltsberatungen.

Die mit Verlust arbeitende Wohnen und Pflegen g GmbH – eine 100%ige Tochter der Stadt - sollte unserer Auffassung nach privatisiert werden.

Obwohl die Verwaltung ausführte, dass sie bereits an einem diesbezüglichen Konzept über die Perspektive der Wohnen und Pflege arbeiten würde, lehnte die Mehrheit der Mitglieder des Finanzausschusses unseren und einen ähnlich lautenden Antrag von CDU/BfM ab.

Unternehmen mit städtischer Beteiligung müssen für die Kommune zunehmend rentabler werden. Wir werden auf Dauer nicht in der Lage sein, alle defizitären Beteiligungen zu halten.

Gern haben wir dem CDU-Antrag zugestimmt, ein gemeinsames Gewerbegebiet mit Barleben zu entwickeln. Entspricht dieser (von der SPD in der Finanzausschussklausur leider abgelehnte) Antrag doch der FDP-Intention über die Verbesserung der interkommunale Zusammenarbeit von 2007.

Das Konjunkturpaket II des Bundes versetzt uns in die Lage, trotz alle Sparzwänge in die Zukunftsfähigkeit unsere Stadt zu investieren.

Ein Gesamtausgabevolumen von 37,03 Millionen Euro steht für die Jahre 2010 und 2011 zur Verfügung.

Geld, mit dem in Straßen und Gebäude investiert wird und das gleichermaßen Arbeitskraft bindet und Beschäftigung garantiert.

Wir können Infrastrukturmaßnahmen wie bspw. in die Lärmschutzwand im Norden, die Strombrückenverlängerung oder die Erschließung der Freien Straße auf den Weg bringen.

Wir sind in der Lage, die Errichtung des Mitteldeutschen Figurentheaterzentrums ebenso zu unterstützen wie die energetische Sanierung des Kulturhistorischen Museums.

Die Schwimmhalle Diesdorf und das Dach der Bördelandhalle werden saniert.

Viel Geld fließt in die Sanierung von Schulgebäuden und damit in die Schaffung guter und bester Voraussetzungen für einen erfolgreichen Bildungsstart unserer Kinder.

Angesichts der am Donnerstag diskutierten Information über die Öffnung bzw. Nicht-Öffnung der Schulbezirke der Sekundarschulen erhebt sich bei uns allerdings leise der Zweifel, ob wir tatsächlich gut genug geprüft haben, wie viele Schulen tatsächlich gebraucht und damit saniert werden müssen.

Sie wissen, wir haben uns in der Vergangenheit häufig der Problematik Bildung – Schule – Sport – Kultur angenommen – zumeist unter dem Gesichtspunkt, zusätzliche Angebote auf breite Schultern zu verteilen und bürgerschaftliches Engagement zu nutzen.

Mit dem Knüpfen von Netzwerken kann man viel bewirken und braucht in der Regel nur wenig Geld - manchmal gar keins, dafür aber kreativen Ideen.

Anrede

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages Petra Roth sprach Anfang Februar vom „Kollaps“ vor dem ein Teil der Städte steht und dass ihnen droht „handlungsunfähig“ zu werden. Die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr.

Diese Damoklesschwert schwebt über der Landeshauptstadt Magdeburg nicht erst seit heute. Aber wir haben große und schmerzhaft Einsparungen vorgenommen und sind dem Kollaps bisher entgangen. Das Problem ist aber: Selbst wenn der Gestaltungswille immer da war, unser Spielraum, tatsächlich gestalten zu können, tendiert immer mehr gen Null. Das Ungleichgewicht zwischen Aufgabenverlagerung und Kostenübernahme ist ein Thema, dass spätestens seit Hartz IV die Kommunen ganz stark betrifft.

Die Bundesregierung hat angekündigt, sich diesem Thema zu stellen und beschlossen eine Regierungskommission zu bilden der auch Vertreter der Länder und Kommunen angehören sollen um über neue Modelle der Einnahmen- und Ausgabenverteilung nachzudenken. Wir wünschen dabei viel Erfolg. Vielleicht setzt sich in den Führungsetagen unserer Republik

doch die Erkenntnis durch, dass alle Bundesbürger in Kommunen leben und ihr Erleben von erfolgreicher Politik zuallererst vor Ort beginnt.

#### Anrede

In diesem Jahr haben wir erstmals einen Haushaltsplan beraten, der nach den Grundsätzen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) aufgebaut ist. Die dopplische Buchführung, die aufzeigt, wie Ressourcen verbraucht werden, soll zu mehr betriebswirtschaftlichem Denken anregen und somit eine größere Nachhaltigkeit bewirken. Herr Zimmermann und seine ambitionierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren offen für alle Fragen, die sich aus dem Umgang mit dem neuen System ergaben. Dass sie auch selbst viel Kraft und Zeit in die Aneignung der neuen Haushaltsregeln stecken mussten soll nicht nur am Rande erwähnt werden. Dank und Anerkennung also.

Die FDP-Ratsfraktion wird dem Haushalt zustimmen – wie sie es auch schon in der Klausurtagung des Finanzausschusses getan und für die heutige Beschlussfassung angekündigt hat.

Wir tun dies in dem Bewusstsein, dass wir nicht nur „Schönwetter-Politiker“ sind, sondern auch Verantwortung in schwierigen Zeiten übernehmen müssen.

Ich danke den Stadträten, die mir zugehört haben für ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort!